

# Halle-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mittelfdeutschland

Die Halle-Zeitung erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis (einschließlich Porto) beträgt 2,00 Reichsmark. Einzelnummern 10 Pfennige. Ausland 1,50 Reichsmark. Der Geschäftsverwalter ist Herr Carl E. G. Schmidt, Halle. Druckerei: Carl E. G. Schmidt, Halle. Druckkosten 1,50 Reichsmark. Verantwortlich: Carl E. G. Schmidt, Halle. Verleger: Carl E. G. Schmidt, Halle. Postamt: Halle. Postfach-Nr. 2011. E-Post-Nr. 2011. E-Post-Nr. 2011. E-Post-Nr. 2011.

### Neues in Kürze.

#### Dreiwöchentliche und Sektelergramme.

Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, den Dienst am 1. Mai für die preussischen Beamten in gleicher Weise zu regeln wie in den Nachbarstaaten. Die Richtlinien, die hierfür aufgestellt sind, werden sich mit denen des Reichsstaatsministeriums, die bereits der Öffentlichkeit übergeben worden sind.

Dem Reichstag ist ein entsprechend der gestrigen gemeldeten amtlichen Stellungnahme der Entwurf eines zweiten Gesetzes über den Volksdienst zugegangen, durch den bestimmt wird, daß nur der Reichspräsident den Volksdienst über Gebiete zur Regelung der Folgen der Geldentwertung veranlassen kann.

Im Anschluß an eine Versammlung der Nationalsozialisten in Charlottenburg kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Versammlungsteilnehmern und Kommunisten. Ein Nationalsozialist wurde durch Mehrere in den Rücken schwer verletzt. Die Polizei nahm mehrere Festnahmen vor.

Nach einer Meldung des hiesigen Nationalen „Sänger“ hat die hiesige Regierung dem Reichspräsidenten Beschlüsse zur Beschleunigung des Badens Karlsruhn in Gehör gebracht. Die Beschlüsse dürfte noch in diesem Jahre erfolgen. Bad Karlsruhn ist seit seiner Begründung ausschließlicher Besitz des Deutschen Ritterordens und die Rechte des reinen Reichsstaats unter dem Namen „Badenreform“ erfolgen.

Die Pariser Havassagentur meldet: Die Sozialdemokraten haben sich in ihrem Meinungsabgleich über den deutsch-russischen Vertrag dahin geeinigt, sich in ihrer Politik gegenüber diesem Vertrag streng an die Bestimmungen von Locarno zu halten. Außer Polen haben auch die Kandidaten die Aufmerksamkeit der Regierungen von Paris und London auf ihre Lage gelenkt, die nach dem deutsch-russischen Vertrag entstehen würden.

Der Vorsitzende der Interalliierten Kontrollkommission General Walde ist gestern nach Paris abgereist. Französische Klätter wüßten bereits von Tagen zu melden, daß die Vorkonferenz in der nächsten Woche sich mit der Frage der deutschen Entschädigung befassen werde. Von dem Ergebnis der Beratungen in der Vorkonferenz werde die Entscheidung der Alliierten abhängen, ob weitere Truppenabteilungen der Besatzungsarmee zu veranlassen seien.

Die Pariser „Matin“ u. „Journal“ melden den Zusammentritt des alliierten Militärrates in Versailles am kommenden Sonntag. Dem Militär hat sich der Reichspräsident die deutsche Entschädigung vorgelegt werden, der am nächsten Donnerstag in Vorkonferenz zur Erledigung kommt.

Die Londoner „Times“ meldet aus Buenos Aires: Der Senat hat einstimmig einen Protest beschlossen gegen das Vorgehen des Präsidenten, der entgegen dem Willen des Parlaments, Argentinische Wiederbestätigung an der Walfederbestimmungen angeordnet hat. Der Protest soll auch dem Generalsekretariat des Walfederbestimmungen zugehen.

Nach Informationen aus druffischer Quelle konnten die Franzosen Neßl und Reichelschams nicht halten. Sie haben bei den Geschäften um Neßl 1200 und bei Reichelschams 1500 Mann verloren. Die Deutschen sind anscheinend wegen der Annäherung des französischen Kommandos auf den Dniepr in keiner Weise besorgt. Es wird behauptet, daß eine Eroberung von Suwda noch nicht die Unterwerfung bedeuten würde.

Dem ehemaligen Mitglied von Indien Lord Reading ist der Titel eines Marquis verliehen worden. Es ist das erste Mal in der englischen Geschichte, daß der Marquis ein britischer Untertanen jüdischer Abstammung verliehen wurde.

Aus Wien wird gemeldet: Beide Schweizer Kantone haben die Regierungsvorlage an, die das Gesetz über den Ankauf von Staatsanleihen

### Zuspikung der englischen Kohlen-Krisis.

#### Ab 1. Mai keine Subventionen mehr.

Die am 22. April stattgefundenen Konferenz der englischen Bergarbeiter und Grubenbesitzer ist ergebnislos abgebrochen worden. Nach Schluß der Konferenz teilte der Sekretär der Bergarbeiter Coalt mit, die Bergwerksbesitzer hätten es unbedingt abgelehnt, darüber zu verhandeln, daß irgendein Mindestlohn für die Kohlenfelder zur Anwendung gelänge, der für das ganze Land Gültigkeit hätte. Sie hätten erklärt, daß sie an den Grubenbesitzungen die Löhne anheben würden, um welchen die Bergleute nach dem 1. Mai arbeiten könnten. Die Bergarbeiter würden die neuen Bedingungen nicht annehmen.

Der englische Ministerpräsident Baldwin erklärte, daß die staatlichen Unterstützungszahlungen an den Bergbau am 1. Mai eingestellt würden. Heute soll auf Einladung Baldwin eine Wiederannäherung der Verhandlungen zwischen Bergarbeitern und Grubenbesitzern im Arbeitsministerium versucht werden.

Zur Erklärung Baldwin über Einstellung der Staatsunterstützungen meldet das amtliche englische Nachrichtenbüro, daß die wohlüberlegte Auffassung des Kabinetts darstelle. In welchem

Umfang „zeitweilige Beihilfen“ geleistet werden, hängt ganz von der Lage ab, die sich auf Grund der Verhandlungen ergibt.

Wie der Sekretär des Grubenbesitzerverbandes mitteilt, haben die Bergarbeiter bei der gestrigen Besprechung keinen Zweifel darüber, daß sie an dem Grundbelohn der besten Besetzung jeder Kohlenerzeugung festhalten. Die Grubenbesitzer kamen hierauf auf die Arbeitszeitefrage zurück und wiesen darauf hin, daß sie in der Lage wären, viel vorzuziehendere Bedingungen vorzuschlagen, wenn die Führer der Bergarbeiter ihren Beuten durch Bewilligung einer gewissen Verlängerung der Arbeitszeit die Möglichkeit zu einem angemessenen Verdienst geben wollten.

Die Führer erklärten gegenüber den Bergarbeitern, sie wünschten keine Lohnbeschränkung, wiesen jedoch darauf hin, daß einige Bezirke, insbesondere die auf den Export angewiesenen, sich in einer geradezu verzweifelt Lage befänden und die Konturrenz mit Ländern auszuhalten hätten, in denen die Arbeitszeit länger und der Lohn niedriger ist.

### Niederlage der Regierung in der Fürstentkompromissfrage

In der Sitzung des Reichsausschusses des Reichstages am Donnerstag wurde Absatz 1 des Paragrafen 2 des Kompromiß-Gesetzes mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten nicht nur, wie schon vorher, die Deutsch-Nationalen, sondern auch die Sozialdemokraten. Die Deutsch-Nationalen enthielten sich der Stimme. Der Vertreter der Bayerischen Volkspartei war im Auspruch nicht anwesend. Der abgelehnte Absatz lautet:

„Für eine Gesamtauseinandersetzung, wenn eine solche nicht bereits nach der Staatsumwälzung des Jahres 1918 durch Gesetz, Schiedsgericht, Vertrag oder Vergleich erfolgt ist, ist das Reichslandsgericht ausschließlich zuständig. Ob eine vorausgesetzene Regelung einer Gesamtauseinandersetzung, die entscheidet das Reichslandsgericht nach freiem Ermessen.“

Nach diesem Ergebnis der Abstimmung wurden die Verhandlungen des Reichsausschusses abgebrochen. Der Auspruch will aber heute, am Freitag, nachmittags wieder zusammenzutreten, um die Geschäftsliste zu besprechen.

#### Der Reichskanzler.

Der sofort von diesen Vorgängen unterrichtet wurde, berief die Vertreter der Regierungsparteien sofort für den getrigen Nachmittag zu einer Besprechung. Die demokratischen Vertreter gebieten den Reichskanzler aufzufordern,

eine Entscheidung des Reichsausschusses darüber herbeizuführen, ob das Fürstentum oder den Sozialdemokraten gemacht werden soll.

Man erwartet, daß der Reichskanzler Verhandlungen (sowohl mit den Deutsch-Nationalen als auch mit den Sozialdemokraten aufnehmen) werde. Offizielle Verhandlungen der Regierungsparteien mit diesen Parteien haben bisher noch nicht stattgefunden. In demokratischen Kreisen glaubt man, daß es nicht ge-

lingen werde, die Deutsch-Nationalen zu einem Anschluß an das Kompromiß zu veranlassen, hiel aber eine Verständigung mit den Sozialdemokraten für möglich. In parlamentarischen Kreisen hielt man es für unmöglich, daß auch die Frage einer Erneuerung der Regierungskoalition

hineinzufließen könnte. An der Besprechung beim Reichskanzler nahmen auch der Reichsjustizminister Dr. Marx und der preussische Finanzminister Dr. Häppler-Neubauer teil. Vertreter waren die drei Reichsparteien, die hinter dem Kompromißentwurf stehen. Die Besprechungen begannen um 5 Uhr nachmittags und wurden um 7 Uhr ohne Abschluß unterbrochen; sie werden heute, Freitag, fortgesetzt.

Man sieht, der im getrigen Beiratsrat angeordnete Wirrwarr beginnt schon sich auszuwirken.

Die Politik und die politischen Rechte scheinen bei uns nur dazu da zu sein, um ihren Vorkrieg in Ruhe und zum Arbeiten, sondern nur in Streit und Glend kommen zu lassen.

### Die Sozialisten drohen.

In nicht mißzuverstehender Sprache gibt der „Vorwärts“ zu verstehen, daß die Sozialdemokratie an der Entzeignung der früheren Fürsten festhalten müsse. Die Fürstentbindung als verfassungsänderndes Gesetz zu erklären bedeute soviel wie ihre Unmöglichkeit durch die Reichsregierung. Daraus werde die Sozialdemokratie ihre Forderungen ziehen. Auch von den Abgeordneten der sozialdemokratischen Reichstagspartei hätte man getrennt Zusicherungen, daß die Wahrscheinlichkeit einer Aufweichung der Sozialdemokratie von der wohlwollenden Duldung des Kabinetts Luther in das Lager der Opposition gegeben wäre, wenn die Regierung ihre Haltung in der Fürstentbindungfrage nicht ändert. Das Kabinet Luther könne schneller eine Epilogie werden, als es heute noch glaube.

### Schwere Kämpfe im Italienisch-Somaliland.

Aus Lamu (nördlich von Deutsch-Ostafrika) wird gemeldet, daß dort ein großer Ausfall an Jonsk im dortigen Hafen eintrifffenden Dhaus zu verzeichnen war, und daß Dhaus unter italienischer Führung vollkommen zerstört. Anschließend ist der Grund dafür, daß im Italienisch-Somaliland ein heftiger Kampf stattgefunden hat, in dem die Regierungskräfte die Inseln von den Briten zurück erhielten. Die Streitkräfte der Somalis haben sich in zwei Teile geteilt. Der eine davon zog sich in Richtung von Britisch-Somaliland und der andere in Richtung auf Wehlanien zurück. Die italienische Regierung hat eine Blockade über die Äthiope verhängt und durch Beschlagnahme und Besetzung einer Anzahl britischer Dhaus den Verkehr dieser stabilen Kaufstättigkeiten unterbrochen.

### Scheitern der Luftfahrtverhandlungen?

Die deutschen Luftfahrtverhandlungen in Paris beginnen einer tragischsten Verlauf zu nehmen. Der Abflug soll seit vier Wochen jede Woche zwei- bis dreimal erfolgen, ohne daß es irgend eine Erfüllung dieser offiziellen Voraussetzungen kommt. Gestern meldet das Pariser „Journal“, man komme über die Kartellbildung nicht hinaus, daß Frankreich ein unbedingtes Vorkaufrecht des besetzten deutschen Gebietes durch Deutschland niemals gestatten könne. Auch die Engländer hätten sich vorbehaltlos der Auffassung der Franzosen angeschlossen.

Bei einem neuen Zusammenstoß in Kallitien (Britisch-Indien) zwischen Polizei und Kolonialbeamten wurden zwei Kolonialbeamte getötet und mehrere verletzt.

### Internationale und Maifeier.

#### Von einem deutschen Arbeiter.

Wir möchten ausdrücklich betonen, daß wir an dem nächsten kommunistischen Maifest nicht teilzunehmen haben.

Die Maifeier ist eine Kundgebung für den Achtundtags, die schon vor dem Arzte geleistet wurde. Die sozialistischen Gewerkschaften hatten sich die Einführung des Achtundtags für alle Berufe und Gewerbe zum Zogma gemacht. Die christlich-nationalen Arbeiterverbände dagegen haben sich nicht auf einen gemeinsamen Achtundtags für alle Berufe und Wirtschaftszweige festgelegt, weil die Verhältnisse in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Berufen sehr verschieden sind. Es soll berücksichtigt werden die Schwerk der Arbeit, die mit der Arbeit verbunden Gefahr und Gesundheitsgefährdung, ferner der Lebensstandard eines Gewerbes und die Rücksichtnahme auf die in denselben beschäftigten weiblichen und jugendlichen Arbeiter. Im übrigen halten die christlich-nationalen Arbeiterverbände die Wichtigkeit der Produktionssteigerung für unbedingt erforderlich, da unsere Wirtschaft sonst nicht existenzfähig ist.

Durch die Revolution 1918 bekam die Sozialdemokratie die politische Macht in die Hand. War die Einführung des Achtundtags bis dahin ein wichtiges Agitationsmittel, so war man nun geneigter, dieses Agitationsmittel für sich selbst zu benutzen. Man darf sich nicht der Arbeiterzeitung nicht von mehreren in Mißbrot bringen, aber man mußte eben in den letzten April bleiben. Nun kam aber auch noch dazu, daß das Regierungssystem der Sozialdemokratie eine Stange Geld kostete, was in Form von Steuern aus der Wirtschaft gezogen werden mußte. Der ganze Volk, einschließlich Arbeiter, (10 Prozent Lohnabzug) wurde mit Steuern überlastet. Für die Wirtschaft brachte der fortgesetzte Steuerdruck Vereinerung des Produktionsprozesses und als Folge Abhängigkeitsverluste und demzufolge wieder Arbeitslosigkeit. Die Wirtschaft taumelte aus einer Krise in die andere und eine sich unmittelbar folgende allgemeine Vereinerung der Lebenshaltungsstoffe war die weitere Folge.

Da nun aber die Steuerquellen zu versiegen begannen, rafften sich auch für die Regierungsgemalten der Sozialdemokratie gefährliche Situationen ein. Trotzdem waren sie nicht geneigt, ihr Regierungssystem zu ändern. Dieser gab man „Erzürungsstoffen“ der Revolution preis, wie man es dann auch durch Verlängerung der Arbeitszeit, also Durchbrechung des Achtundtags, mit welchem man tagelange Propaganda gemacht hatte, um mit Hilfe der Arbeiterzeitung die politische Macht zu erlangen. Diese Macht man nun erreicht und man bringen es auch die sozialdemokratischen Minister für erforderlich, die Arbeitszeit zu verlängern.

Am 12. und 13. Oktober 1923 wurde der erste Entwurf, der auch dem Interaktionellen Ausschuss vorgelegt wurde, im Kabinet einstimmig, einschließlich der sozialdemokratischen Minister angenommen. Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei stimmten im interaktionellen Ausschuss dem Entwurf zustimmend. Eine Reihe von sozialdemokratischen Vertretern hat in Wort und Schrift die Notwendigkeit der Verlängerung der Arbeitszeit betont.

Diese Einstellung war für die Sozialdemokratie aber nur solange maßgebend, als sie in der Koalition vertreten war. Als sie nicht mehr in der Koalition war, machte sie „die anderen“ für die Verlängerung der Arbeitszeit verantwortlich und stellte sich wieder fleißig auf Agitation ein.

Man sieht also, daß die Sozialdemokratie, sobald sie die Futtertrippe in Gefahr sieht, die Verlängerung der Arbeitszeit für erforderlich hält. Treten aber andere für eine Verlängerung der Arbeitszeit ein, um der Wirtschaft zur Gelbung zu verhelfen, dann die wirtschaftliche Lage auch der Arbeiterzeitung gegenüber wird und vor allem die Arbeitslosigkeit gebessert wird, erklärt die Sozialdemokratie das als Ausnutzung der Arbeiterzeitung durch die Unzulänglichkeit.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat sich wiederholt erklärt, weil der Achtundtag, der mit der Revolution 1918 in Deutschland eingeführt wurde (d. h. allgemein eingeführt wurde, denn zum Teil war der Achtundtags schon vor d. h.)

